

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Brigitte Hayn und Christine Schneider (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

Auswirkungen der Vorsorgemaßnahmen bei der Umsetzung der EU-Richtlinien im Rahmen des Landeswassergesetzes zur Ausweisung von Überschwemmungsgebieten

Die **Kleine Anfrage 587** vom 19. Januar 2012 hat folgenden Wortlaut:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Mit welchen finanziellen Auswirkungen rechnet die Landesregierung, wenn für alle potenziellen und bebauten Überschwemmungsgebiete Vorsorgemaßnahmen für ein 100-jährliches Hochwasserereignis getroffen werden müssen?
2. Wird sich das Land an diesen Vorsorgemaßnahmen beteiligen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die mögliche Beeinträchtigung der vom Grundgesetz garantierten privaten und öffentlichen Vermögenswerte?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die aus den Vorsorgemaßnahmen mögliche erhebliche Einschränkung der Planungshoheit und der Selbstverwaltungsleistungen der Kommunen?

Das **Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 7. Februar 2012 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken (HWRM-RL) wurde als Schlussfolgerung aus den katastrophalen Hochwasserereignissen seit den 1990er Jahren in Europa beschlossen. Auch in Deutschland traten in dieser Zeit im Elbe-, Rhein-, Oder- und Donaugebiet Hochwasserereignisse mit hohen Schäden auf. Hinsichtlich der Zielsetzung der HWRM-RL und der Festsetzung von Überschwemmungsgebieten wird auch auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage 586 verwiesen.

Mit den Maßnahmen zur Umsetzung der HWRM-RL und mit der Festsetzung von Überschwemmungsgebieten soll auch über bestehende Hochwasserrisiken aufgeklärt und die Verbesserung des Hochwasserrisikomanagements und der Hochwasservorsorge auf der kommunalen Ebene und bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern erreicht werden. Schwerpunkte liegen bei hochwasserangepassten kommunalen Planungen, bei der Aktualisierung der Gefahrenabwehrpläne und bei der Information und Beratung der betroffenen Bevölkerung. Die Aufstellung der vorgeschriebenen Hochwasserrisikomanagementpläne zur Festlegung von Vorsorgemaßnahmen hat unter intensiver und direkter Beteiligung der Kommunen gerade erst begonnen. Kosten können zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht genannt werden. Vorsorgemaßnahmen der Kreise, Städte und Gemeinden können über die Förderrichtlinien gefördert werden.

b. w.

Zu den Fragen 3 und 4:

Die mögliche Beeinträchtigung von Vermögenswerten sowie mögliche Einschränkungen der Planungshoheit der Kommunen ergeben sich aus der Tatsache, dass für diese Kommunen Hochwassergefahren bestehen; auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage 586 wird verwiesen. *)

In erster Linie haben es die Kommunen im Rahmen der Selbstverwaltung und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Eigenvorsorge selbst in der Hand, potenzielle Hochwasserschäden durch Vorsorge zu vermindern. Auch die durch Bundesgesetz in Überschwemmungsgebieten geltenden Gebote, Verbote und Nutzungseinschränkungen dienen diesem Zweck.

Ulrike Höfken
Staatsministerin

*) Hinweis der Landtagsverwaltung:
Vgl. Drucksache 16/879.